

# jahresbericht 2011

editorial

## Die gesponserte Republik

Sponsoring verbinden wir allgemein mit Sport. Aber auch in der Politik sind Sponsorenzahlungen an der Tagesordnung. Trotz mehrerer Skandale wollen Union und FDP aber nichts an den unzureichenden gesetzlichen Regeln ändern. Das ist der eigentliche Skandal hinter den Skandalen.



Aktion gegen Parteisponsoring 2010

Christian Wulff hat die Kosten für seine Wahlparty zum Bundespräsidenten nicht selbst getragen, sondern sich und 80 weitere Personen vom Event-Manager und Lobbyisten Manfred Schmidt einladen lassen. Ähnliche Party-Angebote nahmen Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit und die ehemalige Gesundheitsministerin Ulla Schmidt an.

Wer denkt, es handle sich hierbei um Einzelfälle, der täuscht sich. Wir haben es mit einem strukturellen Problem zu tun. Der Zugang zu Politikern und Entscheidungsträger dient als Treibstoff für Partys, Einladungen und Sponsoring-Aktivitäten, von denen Veranstalter wie Manfred Schmidt, Unternehmen und Lobbyisten profitieren wollen – aber eben auch Parteien und Politiker. In Nordrhein-Westfalen und Sachsen etwa bot die CDU selbst Gespräche mit ihren Ministerpräsidenten gegen Geld an. Dieser Skandal sorgte 2010 für große Aufregung – aber hatte keine Konsequenzen. Union und FDP verweigern sich jeglicher Regelschärfung. Mit dieser Politik des Nichtstuns vermitteln sie den Eindruck, dass Skandale folgenlos bleiben und fördern die Verantwortungslosigkeit im Geschäft mit politischen Kontakten.

### Steuerlich absetzbar und intransparent

Sponsorenzahlungen an Parteien und Behörden sind bei Unternehmen vor allem deshalb so beliebt, weil sie im Unterschied zu Parteispenden steuerlich absetzbar sind. Die Kosten für derartige Zuwendungen werden also zum Teil von der Allgemeinheit getragen. Diese wiederum erfährt davon nicht. Denn Sponsoren müssen im Gegensatz zu Spendern in den Rechenschaftsberichten der Parteien nicht namentlich genannt werden. Die so erzielten Einnahmen tauchen dort lediglich gesammelt als »Einnahmen aus Veranstaltungen« oder »Sonstige Einnahmen« auf.

### Bundesregierung sieht weiter keinen Handlungsbedarf

Politiker aus der Opposition fordern deshalb eine Reform des Parteiengesetzes. Nach Meinung von Grünen und SPD sollen Sponsorenzahlungen in Zukunft wie Spenden behandelt und veröffentlicht werden. Die Linke fordert sogar, Zuwendungen von Unternehmen an Parteien grundsätzlich zu verbieten. Nur die Regierungsparteien CDU, CSU und FDP schweigen beharrlich zu diesem Thema und die Kanzlerin lobt die Transparenz des Bundespräsidenten. Die schwarz-gelbe Koalition setzt damit ihre bisherige Politik, nach der eine Regelungslücke beim Parteiensponsoring nicht vorhanden sei, fort.

## Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

Eurokrise, Wulff-Affäre, Energiewende - 2011 war ein turbulentes Jahr, auch für LobbyControl. Um zukünftig besser gegen einseitige Lobbyarbeit arbeiten zu können, haben wir ein neues Büro in Berlin eröffnet. Mit der Verleihung der Lobbykatie-Medaille erzielten wir ein breites mediales Echo. Wir verhinderten eine unzureichende Neuregelung bei den Nebeneinkünften von Politikern und konnten bessere Regeln für Europa-Abgeordnete durchsetzen.

Ohne Ihre Unterstützung wäre das alles nicht möglich gewesen. Daher freuen wir uns besonders, dass wir 2011 unser 1000. Fördermitglied begrüßen durften. Aber die Affäre Wulff und das nach wie vor unzureichend geregelte Parteisponsoring zeigen exemplarisch, dass noch mehr Druck nötig ist. Wir hoffen, dass Sie uns dabei weiter unterstützen – denn Ihr Engagement und unsere Arbeit zahlen sich aus.

Viel Spaß beim Lesen,

*Uli Jüttler*

- für das LobbyControl-Team -



Foto: Privat

### Unsere Forderungen

LobbyControl fordert bereits seit längerem eine umfassende Neuregelung der bestehenden Gesetzeslage zum Thema Sponsoring. Sponsorenzahlungen müssen wie Parteispenden behandelt und offengelegt werden. Sie sollten bereits ab 10.000 Euro sofort und ab 2.000 Euro im Rechenschaftsbericht mit Nennung der Sponsoren offen gelegt werden. Außerdem halten wir eine Begrenzung von 50.000 Euro pro Jahr und Unternehmen, Verband bzw. Person für sinnvoll. Die Einhaltung dieser Regeln sollte durch ein unabhängiges Gremium sicher gestellt werden.

»Gezielte Stichelei gegen den Lobbyisten Ackermann – Wer diesen Preis gewinnt, wird nicht mit Ehre und Ruhm bedacht: Die Initiative Lobby Control hat der Deutschen Bank und ihrem Chef die Medaille für undemokratische Lobbyarbeit verliehen. Das Geldhaus reagiert pikiert.«

Handelsblatt am 7.12.2011

jahresbericht 2011

## JAHRESRÜCKBLICK

### Das LobbyControl-Jahr 2011

#### Lobbykatie-Medaille verliehen

Am 7. Dezember 2011 haben wir in Berlin zum ersten Mal die Lobbykatie-Medaille verliehen. Damit konnten wir den bereits etablierten Worst EU Lobbying Award nach Deutschland holen, den wir seit einigen Jahren mit unseren Partnerorganisationen in Brüssel verleihen. Der Negativpreis für undemokratische Lobbyarbeit ging mit 44 Prozent der Stimmen an die Deutsche Bank und Josef Ackermann, ein deutliches Votum der mehr als 5 500 TeilnehmerInnen.

Neben der Deutschen Bank hätten auch die anderen vier nominierten Fälle den Preis verdient. So etwa die DVAG, die mit ihrem Einfluss auf Schulmaterial auf Platz zwei landete oder die Gauselmann AG mit ihrer verdeckten Parteispendenpraxis. Gemeinsam zeigen die Fälle, wie breit das Feld der undemokratischen Lobbyarbeit in Deutschland ist. Durch die Lobbykatie-Medaille haben wir sie ins verdiente Rampenlicht gerückt.



Auftakt-Aktion für die Lobbykatie-Medaille

#### Abgeordneten-Nebentätigkeiten – Gemischte Bilanz

Seit 2007, als zum ersten Mal eine Regelung für die Offenlegung von Abgeordneten-Nebeneinkünften eingeführt wurde, kritisierten

wir diese Regelung als ungenügend. So müssen ab 7.000 Euro Nebeneinkunft keine weiteren Angaben über die Einkommenshöhe gemacht werden. Im April 2011 kam Bewegung in Sache. Die Rechtstellungskommission des Bundestags schlug eine Neuregelung vor. Auf den ersten Blick machte der Vorschlag Sinn: Einkommen hätten bis 150.000 Euro im Jahr veröffentlicht werden müssen – ein Fortschritt. Doch auf den zweiten Blick zeigten sich neue Transparenzlücken. So sollte eine Bagatellgrenze von 10.000 Euro eingeführt werden. Viele Honorare z.B. für Vorträge wären damit ganz aus dem Blick der Öffentlichkeit verschwunden.

Das wollten wir nicht hinnehmen und organisierten zusammen mit Campact, Transparency International und Mehr Demokratie eine Unterschriftenaktion und eine Pressekonferenz. Nicht ohne Wirkung: Alle beteiligten Fraktionen versprachen Besserung. Allerdings verschwand das Thema daraufhin in der Schublade. Es war ein Zwischenerfolg, eine neue lückenhafte Regelung zu verhindern. Der Handlungsbedarf für eine Neuregelung bleibt aber bestehen.

#### Parteienfinanzierung – Reformen verschleppt

Schwarz-gelb hat auch in anderen lobbyrelevanten Bereichen keine gute Figur gemacht. Trotz mehrerer Skandale im Bereich der Parteienfinanzierung (Rent-a-Rüttgers, gestückelte Parteispenden von Gauselmann und Co.) sah man keinen Bedarf die Regeln zur Parteienfinanzierung zu ändern. Obendrein hatte die Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) den Bundestag aufgefordert, bis Mitte 2011 einen Umsetzungsbericht zu den GRECO-Reformempfehlungen von 2009 vorzulegen. Diese Frist wurde gerissen und keine einzige der Empfehlungen umgesetzt. Unsere Kampagnenarbeit änderte nichts an der schwarz-gelben Blockade – aber wir konnten dieses Versagen zumindest

in der Öffentlichkeit deutlich machen. Mehr Bewegung gab es 2011 in Sachen Lobbyregister. Allerdings nicht auf Bundesebene, sondern in Brandenburg. Dort wurde von der rot-roten Regierungskoalition und den Grünen damit begonnen, ein solches Register auszuarbeiten. Wir beteiligten uns im Rahmen einer öffentlichen Anhörung im Landtag und werden den weiteren Entscheidungsprozess auch 2012 intensiv begleiten. Im Bundestag dagegen wurden Anträge der Oppositionsfraktionen zur Einführung eines Lobbyregisters von der Regierungskoalition abgelehnt. Hier ist 2012 noch einiges an Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit notwendig, um Vorurteile abzubauen und mehr Druck aufzubauen.



Aktion: »Wir wollen wissen wer bezahlt!«

#### Halbzeitbilanz

Nach zwei Jahren schwarz-gelber Regierung fiel unsere Halbzeitbilanz in Sachen Demokratie somit ernüchternd aus. Zusammen mit Attac und Mehr Demokratie kritisierten wir im Oktober auf einer Pressekonferenz in Berlin, dass Union und FDP etliche Möglichkeiten für bessere Regeln ungenutzt verstreichen ließen. Es existiert kein verpflichtendes Lobbyregister auf Bundesebene, die Offenlegungspflichten für die Nebeneinkünfte von Abgeordneten wurden nicht reformiert und die Vorschläge der Staatengruppe gegen Korruption für eine transparente Parteienfinanzierung verschwanden wieder in der Schublade.

### EU – In Trippelschritten geht es voran

Im März erschütterte ein handfester Skandal das EU-Parlament. Mehrere Abgeordnete ließen sich dabei filmen, wie sie lukrative Nebenjobs annahmen, um im Gegenzug ihren Einfluss im Parlament für den neuen Arbeitgeber geltend zu machen. Dass die Angebote nicht echt waren, sondern von Journalisten unterbreitet wurden, macht dabei keinen Unterschied. Als Reaktion auf diesen Skandal erarbeitete das Parlament einen Verhaltenskodex, der im Januar 2012 in Kraft trat. Der Kodex stellt einen kleinen Schritt nach vorne dar und regelt z.B. die Offenlegung von Nebeneinkünften besser als die Verhaltensregeln im Bundestag. Wir werden 2012 auf eine konsequente Umsetzung drängen. Ein weiterer Höhepunkt war der Start des neuen EU-Transparenzregisters Mitte 2011. Nun müssen sich all die Lobbyisten registrieren, die Hausausweise für das EU-Parlament haben wollen. Trotzdem hat das Register noch entscheidende Schwächen. Die größte ist, dass es weiterhin freiwillig ist. So sind wichtige Lobbyakteure in Brüssel, z.B. die Deutsche Bank, nicht eingetragen. Im Rahmen der Allianz für Lobbytransparenz und ethische Regeln (ALTER-EU) arbeiten wir weiter an der Verbesserung des Registers.

### Lobbypedia – mit Schwung ins zweite Jahr

Das lobbykritische Onlinelexikon Lobbypedia konnte im Oktober 2011 seinen ersten Geburtstag feiern. Passend zum Jubiläum starteten wir ein neues Portal zu »Lobbyisten in Ministerien«. Dieses Portal enthält exklusive Informationen über sogenannte »externe Mitarbeiter« in Bundesministerien, die sonst nur dem Haushaltsausschuss für den internen Gebrauch vorgelegt werden.



*Campaigner auf der ALTER-EU Vollversammlung in Brüssel*

### LobbyControl in Medien und Öffentlichkeit

Der Höhepunkt war die Verleihung der Lobbykriege-Medaille an die Deutsche Bank und Josef Ackermann im Dezember mit über 40 Medienberichten. Auch unsere Kampagnenarbeit zu Nebeneinkünften von Politikern, zur Parteienfinanzierung oder dem Korruptionsskandal im Europaparlament sorgten für viel Aufmerksamkeit. Gefreut haben wir uns außerdem über die Teilnahme an einer Lobbyismus-Diskussion in der Talkshow Maybritt Illner im April und die Verleihung des Fairness Preises im Oktober.

### Das 1000. Fördermitglied

Fast hätten wir es vor lauter Arbeit nicht bemerkt. Im letzten Jahr konnten wir endlich unser tausendstes Fördermitglied begrüßen. Wir sind sehr froh darüber so viele Unterstützerinnen und Unterstützer zu haben, die mit ihrer regelmäßigen Spende unsere Arbeit erst möglich machen. Fördermitglieder können einmal im Jahr an unserem Mitgliedertreffen teilnehmen, das

zuletzt in Hannover stattfand. Dort haben wir den bisherigen Vorstand bestätigt, den Finanzplan für das Jahr 2012 verabschiedet und unser Konzept vorgestellt, wie unsere Fördermitglieder in Zukunft besser in unsere Arbeit eingebunden werden können.

### LobbyControl vor Ort in Berlin

Seit November 2011 gibt es das Berliner Büro von LobbyControl. Dieser Schritt ist für uns sehr wichtig, um Recherchen und Aktionen in der Berliner Politik- und Lobbyszene zu erleichtern. Auch die Arbeit für eine schärfere Lobbyregulierung wollen wir stärken. Das Büro wird zugleich die neue Anlaufstelle für unsere Lobby-Stadtführer und -führerinnen. Unsere lobbykritischen Stadttouren durch das Regierungsviertel liefen 2011 sehr erfolgreich. Allein zwischen April und Juni fanden 35 Stadtführungen statt. Insgesamt sind der LobbyPlanet Berlin und die Stadtführungen ein Aushängeschild für LobbyControl geworden, für das wir viele positive Rückmeldungen bekommen.

## Finanzbericht 2011

2011 haben wir einen erfreulichen Wachstumssprung gemacht. Unsere Einnahmen stiegen um über 50 Prozent auf gut 241.000 Euro. Damit konnten wir die Einrichtung unseres neuen Büros in Berlin und einer neuen Verwaltungsstelle (in Teilzeit) finanzieren – beides wichtige Schritte in unserer Organisationsentwicklung.

### Einnahmen

LobbyControl finanziert sich durch Spenden, Mitgliederbeiträge, den Verkauf eigener Publikationen und Zuwendungen von Stiftungen. Letztere hatten 2011 einen Anteil von 27 Prozent – anders gesagt: knapp drei Viertel unserer Einnahmen stammen aus Spenden, Mitgliederbeiträgen und Verkäufen.

Einnahmen (Euro)	2009	2010	2011
Mitgliedsbeiträge	38.458	68.174	94.592
Spenden von Privatpersonen	48.736	54.458	70.057
Spenden juristischer Personen	10.000	22.000	65.500
Zinserträge	180	174	424
Warenverkauf	22.611	9.021	10.669
<b>Summe Einnahmen</b>	<b>119.985</b>	<b>153.827</b>	<b>241.242</b>

Entsprechend unserer eigenen Transparenzregeln listen wir alle Zuwendungen von juristischen Personen und alle Spenden von natürlichen Personen über 10.000 € namentlich auf: Wir erhielten 2011 33.000 € von BonVenture ([www.bonventure.de](http://www.bonventure.de)), 30.000 € von der Bewegungsstiftung ([www.bewegungsstiftung.de](http://www.bewegungsstiftung.de)) und 2.500 € von der Stiftung Solidarität (Anteil des Preisgeldes des Regine-Hildebrandt-Preis für den Sozialrichter Dr. Jürgen Borchert). Keine Privatperson spendete über 10.000 €.

### Ausgaben

Die Ausgaben stiegen 2011 auf knapp 225.000 €. Wesentlicher Faktor sind die gestiegenen Personalkosten durch neue Mitarbeiterinnen. Unter die sonstigen Kosten fielen im letzten Jahr einmalige Kosten für Organisationsberatung und Markenschutz.

Ausgaben (Euro)	2009	2010	2011
Personalkosten	79.860	105.302	149.139
Büro-Miete	7.425	8.788	7.066
Büro-Material	2.054	8.259	8.874
Kommunikation	3.271	4.492	7.196
Reisekosten	2.276	5.123	8.482
Publikationen, Öffentlichkeitsarbeit	26.872	30.017	27.058
Sonstiges	2.700	1.032	16.827
<b>Summe Ausgaben</b>	<b>124.458</b>	<b>163.013</b>	<b>224.642</b>

### Bilanz und Ausblick

Die Stellen, die wir 2011 im Laufe des Jahres eingerichtet haben, müssen nun für das ganze Jahr finanziert werden. Deshalb planen wir für 2012 mit einem Budget von 293.000 Euro. Ein ehrgeiziges Ziel – aber wir sind optimistisch, dass wir den positiven Trend der letzten Jahre fortsetzen können. Wir freuen uns weiter über jede Unterstützung und bedanken uns ganz herzlich bei allen, die als Fördermitglieder, Spenderinnen und Spender unsere Arbeit ermöglichen!

## Mitmachen!

Das bei der letzten Mitgliederversammlung vorgestellte Mitmachkonzept nimmt konkrete Formen an. Bereits im März 2012 fand der erste Stammtisch mit Fördermitgliedern und Interessierten in München statt. Außerdem wurden neue Stadtführungsflyer gedruckt und der Aktivenverteiler erstellt. Ab Herbst enthält unser Mitmachpaket u.a. neue Aufkleber und Stifte. Noch in diesem Jahr folgen weitere Stammtische in Köln und Berlin. Termine werden rechtzeitig bekanntgegeben – auf euer Kommen und Mitmachen freuen wir uns!

Den neuen Stadtführungsflyer mit Information rund um die lobbykritischen Stadtführungen und den LobbyPlanet Berlin können Sie unter [bestellung@lobby-control.de](mailto:bestellung@lobby-control.de) bestellen.



### impressum

AutorInnen: Felix Kamella, Ulrich Müller, Lejla Bubic, Nina Katzemich, Timo Lange  
 Redaktion: Lejla Bubic (V.i.S.d.P.)  
 LobbyControl e.V.  
 Friedrichstr. 63, 50676 Köln  
 Tel: 0221 / 16 96 507  
[kontakt@lobbycontrol.de](mailto:kontakt@lobbycontrol.de)  
[www.lobbycontrol.de](http://www.lobbycontrol.de)

Layout: Hannes Jung

Design: Kai Kullen

LobbyControl wird gefördert von